

ARABISCHE STAATEN, ISRAEL UND DER MITTELOSTKONFLIKT

(auf Grund von Botschaftsberichten kompiliert)

1. A e g y p t e n: Sadat's Aegypten, ein 35 Millionen-Staat, leistet sich - ohne entsprechenden landeseigenen Reichtum und ohne solide wirtschaftliche Basis - eine überdimensionierte Armee und die Aussenpolitik einer Grossmacht. Der Präsident kämpft an der inneren Front mit Unzufriedenen von links und rechts. In einem vom inneren Zusammenbruch bedrohten Land sucht er nach einem Moderatoren, einer Macht, die Aegypten gegen das zu starke Israel in Verhandlungen stützen könnte, damit sich hier ein Abgleiten in extreme Lager oder in die Anarchie vermeiden lässt.

Man hatte in Kairo auf die USA gehofft, besonders nach der Ausweisung sowjetischer Militärberater. Man war hiebei jeweils auf das Ende des Vietnamkriegs oder auf die Zeit nach der Wiederwahl Nixon's vertröstet worden. Die Amerikaner genossen offenbar natürliche Sympathien. Aber die Notrufe Kairos schienen bis heute in Washington auf taube Ohren zu stossen. Die Aegypter mögen noch auf Europa hoffen, aber die Resignation greift um sich und die Gefährdung des Regime's Sadat wächst.

Mit seiner Stimmabgabe für die UNO-Resolution 242 anerkannte Aegypten implizite erstmals die Existenz Israels (inklusive Westjerusalem). Das bedeutete eine Absage an den Staat der Palästinenser (deren Kampf mit allen Mitteln allerdings von Kairo respektiert wird). Weder Libyen noch Syrien folgten Kairo in diesem Entscheid (was ein Fragezeichen hinter die Realisierbarkeit politischer Föderationen unter den drei Staaten setzt).

Israels Position bröckelt in der dritten Welt - in Afrika und Südamerika - allmählich ab: die Arroganz des Mächtigeren stösst auf Ablehnung. Das David-Goliath-Bild wirkt heute eher zugunsten Aegyptens. Aber im Mai 1972 einigten sich Breschnew und Nixon in

Moskau auf die Status Quo-Politik im Mittleren Osten, die nur von Peking angeprangert wurde (die Chinesen empfehlen den Aegyptern einen Volkskrieg im Stile Giap's). Somit sind für Sadat zur Zeit keine sicheren Auswege in Sicht.

2. Algerien: Präsident Boumedhienne's Equipe ist seit Juni 1965 am Ruder und sucht mit einigem Geltungsdrang eine unabhängige aussenpolitische Position Algeriens aufzubauen. Die Interessen laufen dabei vor allem Richtung Mittelmeer (Mittelmeersolidarität als Instrument einer algerischen Führungsrolle), EWG und Maghreb. Als kühler rechnender Machthaber führt B. mit der seit seiner Machtübernahme weitgehend unveränderten Equipe, mit einem starken Polizeiapparat gegenüber einer passiven Bevölkerung ein autoritäres Regime. Die Generation der in Frankreich formierten Kader wird allmählich durch Leute abgelöst, die in Oststaaten ausgebildet wurden.

Mit Bezug auf den Konflikt mit Israel glaubt Boumedhienne offenbar nicht an Verhandlungen - vor allem nicht an die Vermittlung durch Drittstaaten - nur an den harten Kampf. Er misstraut den Sowjets, die mit ihrer Emigrationspolitik Israel bevölkern und fürchtet sich - wie Peking - vor sowjetisch-amerikanischen Friedens- oder Status Quo-Absprachen. Aegypten gegenüber fällt bei den algerischen Führern ein Wettstreit um die Führungsrolle ins Gewicht. Die Algerier, weitab von der Frontlinie, zeigen sich nicht sonderlich interessiert am israelisch-ägyptischen Konflikt; man kritisiert indessen die weiche Haltung Kairos und plädiert für eine kriegerische Lösung. Dabei ist Algier wohl so oder so an einer Schwächung Aegyptens interessiert.

Wenn man in Algier auch das Ceterum Censeo der arabischen Einigung predigt, so glaubt man doch im Grunde genommen nicht richtig daran. Anfangs war man für die libysch-ägyptische Föderation. Später fürchtete man eine Ausdehnung derselben auf Syrien und den Irak und damit sowjetische Einflussnahmen einerseits, Machtzuwachs für Kairo andererseits. Rege Kontakte Boumedhienne's mit Präsident Ghadafi, die in letzter Zeit registriert werden konnten, weisen vielleicht auf

einen algerischen Versuch hin, Libyen aus dem neuen arabischen Fusionsgebilde herauszusprengen.

Die Algerier sind einer der wichtigsten Schutzpatrone der Palästinenser. Sie unterstützen dabei vor allem Arafat und die Organisation Al Fatah - möglicherweise auch mit finanziellen Zuwendungen und mit der Bereitstellung von Terroristenausbildungslagern. Man kann sich diese Politik in Algier leisten, da man sich auch hier wieder weitab von allen kritischen Gebieten befindet. Die Algerier hoffen sichtlich, mit ihrer propalästinensischen Politik arabischen Konkurrenten - vor allem Kairo - Unannehmlichkeiten zu bereiten, da ja der Friedensschluss mit Israel durch die Palästinenser verhindert werden könnte. Die opportunistischen Züge der algerischen Aussenpolitik verhindern eine eindeutige Festlegung derselben. Gut ist jedenfalls für Algier offensichtlich eher was dem eigenen Prestige als was der arabischen Sache nützt.

3. I r a k: Seit fünf Jahren herrscht in Bagdad das Baas-Regime General al Bakrs, das durch einen Freundschaftsvertrag den Sowjets einen wichtigen Stützpunkt im Mittleren Osten eingeräumt hat. Saddam Hussein, Vizepräsident des Revolutionsrates und damit zweiter Mann im Machtapparat Bagdads, sucht anscheinend die Armee etwas zurückzuschalten und der Aussenpolitik das Primat einzuräumen. Letztere wird weitgehend bestimmt durch Iraks Erdölreichtümer. Nach der Verstaatlichung der Irak Petroleum Co. im Juni 1972 wurden im Februar 1973 Verhandlungen mit den westlichen Erdölgesellschaften abgeschlossen. (Der Westen behält mit der Basra Cil Co. einen Teil seiner Ausbeutungsmöglichkeiten im Irak.) Seine wachsenden Oelerträge will der Irak einer "arabischen Politik" zugute kommen lassen. Dabei ist für das Land die Absatzsicherung via Golfstaaten (= Verbindung zu den Weltmeeren) wichtig. Das erklärt wohl auch den Konflikt mit Kuwait.

In ihrer Aussenpolitik verfechten die Iraker eine harte Linie: Israel wird die Existenzberechtigung abgesprochen. Die Bildung eines laizistischen Staates Palästina wird gefordert. Diese Ziele können nach Ansicht der Machthaber in Bagdad nur durch einen Krieg erreicht werden. Konkret scheinen die palästinensischen Befreiungsbewegungen aber z.Z. vom Irak nur geringe finanzielle Zuwendungen zu erhalten (Grössenordnung 4 Millionen \$).

4. I s r a e l: Von 15 Millionen Juden der Weltbevölkerung leben 6 Mio in den USA, 3 Millionen in der UdSSR und 3 Millionen in Israel. Die grösste jüdische Gemeinde der Welt, diejenige in den USA, bildet das finanzielle und politische Rückgrat Israels, während die UdSSR dorthin wichtiges Menschenmaterial liefert.

Nach dem Sechstage-Krieg und nach dem Zerwürfnis zwischen den Aegyptern und den Sowjets zeigt sich Israel heute stärker und selbstsicherer denn je. Das Gerücht von der Status Quo-Vereinbarung zwischen Nixon und Breschnew mag Tel Aviv gut ins Konzept passen. Jedenfalls richtet sich Israel je länger je bequemer innerhalb der 1967 eroberten Grenzen ein. Diskussionen um die Zulässigkeit der Besiedlung besetzter Gebiete zeigen einen Trend zugunsten der Expansionisten. Israel baut fest auf den für Sadat - angesichts dessen ergebnisloser Suche nach neuen Freundschaften - wachsenden Verhandlungszwang.

Abtretbar sind für die Israeli im Verhandlungsfalle die grössten Teile des Sinaiterritoriums und die bevölkerten Gebiete Cisjordanien. (Gegenforderung: Anerkennung Israels, Gewaltverzicht). Tel Avivs Sicherheitsforderungen visieren Sharm el Sheikh, die Golanhöhen, Zugänge zu Gaza und zum Jordanufer sowie eine Entmilitarisierung Cisjordanien und des Sinaigebietes.

Golda Meir ist es gelungen, aus so heterogenen und starken Persönlichkeiten wie Dayan, Allon, Saphir oder Eban ein schlagkräftiges Regierungsteam zu formen. Die Bedrohung erleichtert hier offenbar - im Gegensatz zu Kairo - die Kohäsion.

Besonders im Jahre 1970 spielte die Geschichte zugunsten Israels: Waffenruhe am Suezkanal, Zerschlagung der Fedayins durch Hussein, Tod Nassers... Zwei Jahre später folgte der Auszug der sowjetischen Militärberater aus Aegypten.

Die Sympathien Israels in der Welt verringern sich allerdings allmählich: in Afrika oder Südamerika, aber auch in Europa entsteht ein Reflex gegen die Arroganz des Stärkeren.

5. J e m e n: Nord- und Südjemen fallen in der Mittelostauseinandersetzung nicht ins Gewicht. Die Aussichten auf eine Fusion dieser Staaten auf Grund der Abkommen von Kairo und Tripolis werden wenig optimistisch beurteilt. Beide Länder stecken in wirtschaftlichen Nöten. Im strategisch wichtigen Südjemen (Aden) suchen die UdSSR und China (wird als Entwicklungshelfer besser quotiert) einen Brückenkopf zu errichten.
6. J o r d a n i e n: Jordanien, oft geheime Verständigungsbemühungen mit Israel verdächtigt, betreibt in Wahrheit eine unabhängige Politik, die sich den verschiedensten Pressionen gegenüber zu behaupten scheint.

Will Jordanien überhaupt überleben, so kann es sich weder mit Israel noch mit dem arabischen Lager völlig identifizieren. Folgerichtig steht Hussein - in splendid isolation - in der Mitte.

Er steht zur UNO-Resolution 242, verlangt von Israel die Rückgabe Ostjerusalems und will mit den Israeli keinen Separatfrieden, ohne vorgängige israelisch-ägyptische Einigung schliessen.

Andererseits hat er im September 1970 ("Black September") und im Juli 1971 die ins. einem Lande allzu selbstherrlich und aufsässig gewordenen Fedayin vernichtend geschlagen und vertrieben. Neue Kompromisse mit letzteren lässt er sich weder von seinen potentiellen Geldgebern (Kuwait, Saudi-Arabien) noch von sogenannt progressiven Araberstaaten wie Irak oder Syrien abzwängen.

Einen Lösungsvorschlag für die Ansiedlung der Palästinenser auf einem autonomen trans- und cis-jordanischen Gebietsstreifen - praktisch unter seiner Oberhoheit - hat Hussein zur Diskussion gestellt. Das Echo war gering, zumeist negativ.

7. L i b a n o n: Präsident Frangié, seine Regierung und seine Armee bilden heute eine schwache Führungsspitze für das im Grunde genommen prookzidentale aber innerlich zerrissene und wirtschaftlich im Abstieg begriffene Land. Die Christen unter der Bevölkerung sind in der Minderzahl, haben aber führende Stellungen inne. Die Libanesen fühlen sich vorab als Staatsangehörige ihres Landes und nicht als Araber. Von jeher hatten sie enge Beziehungen mit dem Westen. (Die Beiruter Banken verwalten z.B. namhafte Oelgelder.)

Fast ein Viertel der Bevölkerung sind Nichtlibanesen: 250'000 Syrier und 250'000 Palästinenser. Offiziell plakatieren die Machthaber einen proarabischen und propalästinensischen Kurs. Die Palästinenser - im Libanon sozusagen ein Staat im Staate - geniessen indessen bei der Mehrheit der Bevölkerung keine Sympathien. Die Armee ist ständig in Scharmützel mit den Fedayins verstrickt und eilt letzteren nicht zu Hilfe, wenn der Feind sie von Israel her angreift. Im übrigen ist die Armee mit ihren Aufgaben des Grenzschutzes sowie der Wahrung innerer Sicherheit überfordert.

Mit Israel gilt für den Libanon der Waffenstillstand von 1949. (Keine Beteiligung am Sechstagekrieg von 1967) Die UNO-Resolution 242 wird unterstützt. Indessen sind die Beziehungen zu den Baasistenregimes von Syrien und Irak immer wieder gespannt (Grenzsperren, die für den Libanon den Mittelostverkehr, den Zugang zu Jordanien und zum Persischen Golf sperren). Der Föderationsplan Husseins vom März 1972 wurde in Beirut positiv gewertet.

8. Libyen : Oberst Ghadafi, die zur Zeit wohl charismatischste Figur der arabischen Welt, strebt mit dem Fanatismus des gläubigen Muslims die panarabische Einigung an.

Wichtige Elemente seiner Politik sind neben den Leitsätzen des Korans die Arabisierung und die Fusion mit Aegypten. Politik treiben kann er, Herrscher eines 2-Millionen-Staates, nur dank Libyens Oelreichtums. Letzteren möchten aber offenbar andere Leute im Revolutionsrat, so Major Jalloud - zweiter Mann im Staate - vorerst für den wirtschaftlichen Aufbau Libyens nutzen, da die Oelquellen bis in etwa 30 Jahren versiegen dürften.

Ghadafi indessen unterstützt heute mit seinen Einkünften nicht nur arabische und palästinensische Brüder sondern auch die verschiedensten Aufrührer der Welt - von der IRA bis zu Maltas Dom Mintoff.

Die Fusion mit Aegypten wird stark vorangetrieben und hat angeblich konkrete Chancen auf Realisierung, obschon sie bei der libyschen Bevölkerung unbeliebt bleibt. Die Aegypter sehen möglicherweise im Zugang zum libyschen Oelreichtum (für den sich auch Algerien und Tunesien interessieren) einen Ausweg aus ihrer gegenwärtigen wirtschaftlich-militärischen Schwäche. Gegenüber Libyens Oeldollars bietet Aegypten qualifizierte Arbeitskräfte und Ausbildungsmöglichkeiten - eine Vernunftsehe also.

Am 15. April (Geburtstag Mohammeds) erwähnte Ghadafi Divergenzen mit Aegypten und Syrien betreffend die Kriegsführung mit Israel. Sein Rat werde zu wenig berücksichtigt. Er kündigte den Rückruf libyscher Freiwilliger an, die in den an Israel angrenzenden arabischen Staaten (Libanon) mit den Palästinensern kämpfen sollten, daran aber von eben diesen Staaten gehindert würden ! Uebrigens unterstützt Ghadafi offenbar die Palästinenser auch finanziell sowie durch Bereitstellung von Terroristenausbildungslagern massiv.

-- 8 --

Seinen Radikalismus illustriert folgendes Programm, das er am 15. April ankündete :

- Aufhebung aller Gesetze, die nicht revolutionären Zielen dienen,
- Waffen für die Revolutionäre
- Säuberungen
- Ausdehnung revolutionärer Methoden auf die Verwaltung
- Islamische Kulturrevolution.

Das sind verbale Exzesse. Ob der Plan des Fanatikers bis zur Erreichung der von ihm gesetzten Ziele anhält, ist fraglich.

9. M a r o k k o : König Hassan sitzt nach den Attentats- und Putschversuchen der letzten beiden Jahre auf einem wackligen Thron. Die Offiziersverschwörungen vom Sommer 1971 und 1972 wurden anscheinend nicht von Linkskreisen geschürt. Es soll sich um eine Auflehnung von Berberelementen gegen die in "fetten Positionen" sitzende arabische Bourgeoisie gehandelt haben. König Hassan reagierte mit der Einleitung innerer Reformen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Die infrastrukturellen Lücken sind indessen mangels fähiger Kader und devisabringender Bodenschätze schwer zu überbrücken. Die Feinde der Monarchie finden Unterstützung vor allem aus Libyen.

1963 stand Marokko in kriegerischen Auseinandersetzungen mit Ben Bellas Algerien, das von Aegypten unterstützt wurde. Nach der Machtübernahme Boumédiens kam es zur Versöhnung, auch mit Nasser. Während des Sechstage-Krieges verhinderten allerdings die Aegypter den Einflug marokkanischer Truppenkontingente, die Hassan der bedrängten VAR zur Verfügung stellen wollte. Im Februar

d.J. beschloss dann Hassan, Syrien, dem zur Zeit einzigen gegen Israel militärisch engagierten Araberstaat, Truppenkontingente zu senden. Damit wollte er wohl vor allem im eigenen Lande Kritiken seines angeblich zu schwachen Sukkurses für den "Heiligen Krieg" entkräften.

Hassan hält angesichts des Grossmächtepatts im Mittleren Osten nur eine Verhandlungslösung für praktikabel. Auch die Palästinenser müssten in seiner Sicht mit Israel verhandeln, ohne dabei allerdings Aussicht auf die Gründung eines unabhängigen Staates Palästina zu haben.

10. a. S a u d i a r a b i e n : Saudiarabien wird von König Feisal und seinen Brüdern autokratisch regiert. Liberalisierungen des Lebensstils lassen sich nur in den städtischen Zentren des Landes allmählich registrieren.

Die grossen Oelreserven (für schätzungsweise weitere 60 Jahre) und die daraus erzielbaren Deviseneinnahmen sind in Saudiarabien die causa omnium rerum. Die Politik der Machthaber sucht die Privilegien der "ölreichen" regierenden Klasse zu schützen. König Feisal ist weltlicher und religiöser Herrscher, Hüter der Heiligen Stätten und ruft als solcher im Sinne des Korans zum Heiligen Krieg auf. Die Religion ist hier ein Vorwand für die geistliche Führerschaft und für eine äusserst konservative Politik.

Feinde Saudiarabiens sind in der Sicht Ryiads neben dem Zionismus und dem Kolonialismus der Kommunismus und der Atheismus.

König Feisal macht sich seine arabischen Brüder durch Geldhilfen gefügig. Von Israel verlangt er die Rückgabe der besetzten Gebiete und ein Land für die Palästinenser.

- 10 -

Letzteren und ihrer Befreiungsorganisation Al Fatah verleiht Feisal finanzielle und politische Unterstützung, wobei er auch die Terrormethoden einzelner Kampforganisationen nicht verwirft. In Saudiarabien allerdings werden weder Fedayin noch palästinensische Flüchtlingslager geduldet. Ansässige Palästinenser unterstehen einer scharfen Sicherheitskontrolle.

Mit Israel hat Ryiad keine Territorialprobleme. Man stützt und finanziert aber König Husseins Jordanien als den Pufferstaat zwischen sich und dem Erzfeind.

Die Saudiaraber werden mit den wachsenden Oeleinnahmen immer wirksamer arabische Politik betreiben können. Ein Nebenprodukt des Reichtums ist indessen die aufstrebende Bourgeoisie und eine - dank grosszügigen Studienmöglichkeiten - rasch wachsende Technokratenklasse. Diese neuen Kräfte sind für die feudale Herrschaft eines Feisal das Risiko von morgen.

10.b. Arabische Halbinsel : Mit ihren Oeleinkünften erhalten die fürstlichen Oberhäupter der Golfscheichtümer und Saudiarabiens die feudalen Strukturen ihrer Herrschaftsbereiche und halten sich Sozialrevolutionen vom Leibe. Eine Solidarität der Konservativen hat sich eingespielt, die nicht willens sind, sich in einem pan-arabischen Rahmen aufzulösen. Das Gebiet hat indessen angesichts der strategisch wichtigen Achse Mittelmeer-Indischer Ozean machtpolitische Bedeutung und zieht die Hauptakteure des Weltgeschehens entsprechend an. Hinter den mittelalterlichen Kulissen dämmert eine wachsende Unruhe verheissende Neuzeit.

11. S u d a n : An Ostern 1970 hatte General Nimeri einen Schlag gegen oppositionelle Rechtselemente geführt. Am 19. Juli 1971 schlug er einen Putschversuch linksextremer Kräfte nieder. Säuberungen und

eine Konsolidierungsphase folgten. China ersetzte zum Teil als Entwicklungshelfer die beim erwähnten Putschversuch kompromittierte Sowjetunion. Eine Oeffnung nach Westen zeichnete sich ab (z.B. diplomatische Beziehungen mit Bonn ab 1971). Im März 1972 gelang die Aussöhnung mit den Rebellen im Süden = Ende eines 17-jährigen Krieges. Nach dieser entscheidenden Konsolidierung löste Nimeri allmählich die Politik seines Landes aus ihrer bisherigen Ausrichtung auf die arabische Welt heraus. Diese war bei Volk (2/3 Musulmanen, 1/3 Schwarze) und Armee nie populär gewesen, da die Ägypter als Exkolonialmacht, Sklavenhalter und Herrenrasse galten. Nach Nassers Tod im September 1970 geriet die Idee einer Union mit Ägypten schnell in Vergessenheit. 1972/73 zogen die Sudanesen ihr Truppenkontingent vom Suezkanal zurück und schlossen eine Offizierschule für Ägypter bei Khartoum. Mit Libyen kam es nach Abfangen eines Truppentransportflugzeuges Ghadafis für Ugandas General Amin zu Spannungen.

Weiter unterstützte der Sudan indessen die Sache der Palästinenser und nahm Israel und dem Zionismus gegenüber eine feindliche Haltung ein. Das Attentat von Khartoum hat aber der palästinensischen Komponente der proarabischen Politik der Sudanesen sicher erheblichen Schaden zugefügt, obschon Yasser Arafat sich nachträglich persönlich um eine Versöhnung bemühte.

Eine endgültige Option für den Westen dürfte Nimeri nicht leicht fallen. Möglicherweise werden die USA dabei durch massive Entwicklungsgelder nachhelfen.

12. S y r i e n : Das Baas-Regime in Syrien stützt sich zum Teil auf eine militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, ohne indessen mit letzterer wie der Irak einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen oder den Sowjets Militärbasen eingeräumt zu haben.

- 12 -

Israel gegenüber vertritt Syrien eine harte Linie : Dieser Staat hat für Damaskus keine Existenzberechtigung. Der Krieg zur Zurückgewinnung des gestohlenen Landes ist unvermeidlich, muss aber durch eine arabische Einigung und die militärische sowie wirtschaftliche Kräftigung des arabischen Lagers gründlich vorbereitet werden. Diesen Thesen getreu erklärte General Hafez El Assad zu wiederholten Malen, dass Syrien die UNO-Resolution 242 ablehne, da sie eine Anerkennung Israels impliziere. Syrien distanziert sich auch von allen anderen UNO-Beschlüssen und -Deklamationen betreffend den Mittelostkonflikt. Es will keine Absichtserklärungen sondern militärische Aktion. Das wird ab und zu durch militärische Gefechte mit den israelischen Streitkräften demonstriert, wobei die Syrier immer massiv den Kürzeren ziehen.

Den Palästinensern wird der Anspruch auf Rückgewinnung ihres Landes zugebilligt. Die in Syrien ansässigen Palästinenser allerdings werden der Staatsgewalt mit eiserner Disziplin untergeordnet. Man will keine zersplitterten Aktionen der Fedayins. Die syrische Bevölkerung bringt den Palästinensern übrigs offenbar wenig Sympathien entgegen.

Mit Jordanien unterhält Syrien keine diplomatischen Beziehungen, hat aber die Grenzen zu diesem Nachbarland im Dezember 1972 wieder geöffnet.

Mit dem Irak wechselt das Verhältnis zwischen Hochs und Tiefs (Syrien ist in Bagdad u.a. wichtig als Oeltransitland), wobei offenbar die Sowjets im eigenen Interesse auf gute Nachbarschaft hinwirken. (Transit Mittelmeer - Persischer Golf).

13. Tunesien : In dem unter der Vaterfigur Bourguibas westlich bzw. westeuropäisch orientierten Tunesien operiert Aussenminister Masmoudi anscheinend gegenwärtig an Kurskorrekturen, die das Land

- 13 -

gewissermassen wieder etwas zur arabischen Welt zurückführen sollen. Präsident Bourguiba empfing 1972 die arabischen Staatschefs Sadat, Boumedienne und Ghadafi. Gewisse libysch-tunesische Annäherungsmanöver sind seit Herbst 1972 registrierbar.

Weitab von jeder Frontlinie kann sich Bourguiba eine ruhige und realistische Einschätzung der Lage leisten. Die tunesische Unterstützung für die Sache Aegyptens war bisher lau. Eine während des Sechstage-Krieges angebotene militärische Hilfe kam zu spät.

Die Anliegen der Palästinenser erfahren verbale Schützenhilfe. Die Fatah unterhält in Tunis eine Vertretung, die aber offenbar genauestens überwacht wird.

Bern, den 27. April 1973